

Paradise Watch
Von Rohstoffen, Firmenlisten
und Garnelen



AFRIKA
SÜD

Inhalt

03 Beste Beziehungen

Glencors Geschäfte in der DR Kongo, von Daniel Düster

08 Heimliche Offshore-Konten

Auf der Liste mutmaßlicher Steuerhinterzieher in Simbabwe stehen auch Strohfirmer aus den Panama Papers, von Will Fitzgibbon

11 Mnangagwa lässt die Betrüger laufen

Simbabwes Präsident hat es nicht eilig mit der Verfolgung der Steuersünder, von Garikai Chaunza

13 Garnelen in Steuermantel

Über Offshore-Geschäfte von Madagaskars „Krabbenkönig“ schreibt Will Fitzgibbon

Die geheimen Wege des schmutzigen Geldes

Die **Panama Papers** von 2016 und die ein Jahr später veröffentlichten **Paradise Papers** sind vertrauliche Unterlagen über Steuerhinterziehung und Geldwäsche, die über riesige Daten-Leaks aus Anwaltskanzleien an die Presse gelangt sind. Die Panama Papers umfassen 11,5 Millionen Dokumente in Form von E-Mails, PDFs und Fotodateien sowie 214.000 Briefkastenfirmen.

Weitere 13,4 Millionen Dokumente umfassen die Paradise Papers, deren Auswertung am 5. November 2017 gleichzeitig weltweit durch Journalisten des International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) öffentlich gemacht wurde. Nicht wenige Prominente haben sie in Erklärungsnot gebracht, zeigen die Recherchen doch, wie von Milliardären, Staatschefs, Diktatoren und Sportstars weltweit mittels Geldwäsche und Verschleierung – unter anderem über die Gründung von Briefkastenfirmen und die Nutzung von Offshore-Steuroasen – Steuervermeidung und Steuerhinterziehung betrieben wurde und wird.

Paradise Watch ist eine auf vier Ausgaben angesetzte Dossier-Reihe von afrika süd über illegale Kapitaltransfers aus einigen Ländern des südlichen Afrika. Sie beleuchtet die Rolle der regionalen sowie europäischen Offshore-Zentren bei der Kapitalflucht aus Afrika und transnationaler Wirtschaftskriminalität.

Impressum

Paradise Watch 3/2019
afrika süd-Dossier zu den Panama und Paradise Papers
Bonn, Juni 2019
Redaktion: Lothar Berger (V.i.S.d.P), Daniel Düster

Herausgeber:
informationsstelle südliches afrika e.V. (issa)
Königswinterer Str. 116, D-53227 Bonn
Tel.: 0228-464 369, E-Mail: info@issa-bonn.org
www.issa-bonn.org, www.afrika-sued.org

Titelbild: Elnur | Dreamstime.com
Gestaltung: Jan Philipp Huss, jp.huss mediadesign
Layout: Nikolai Link

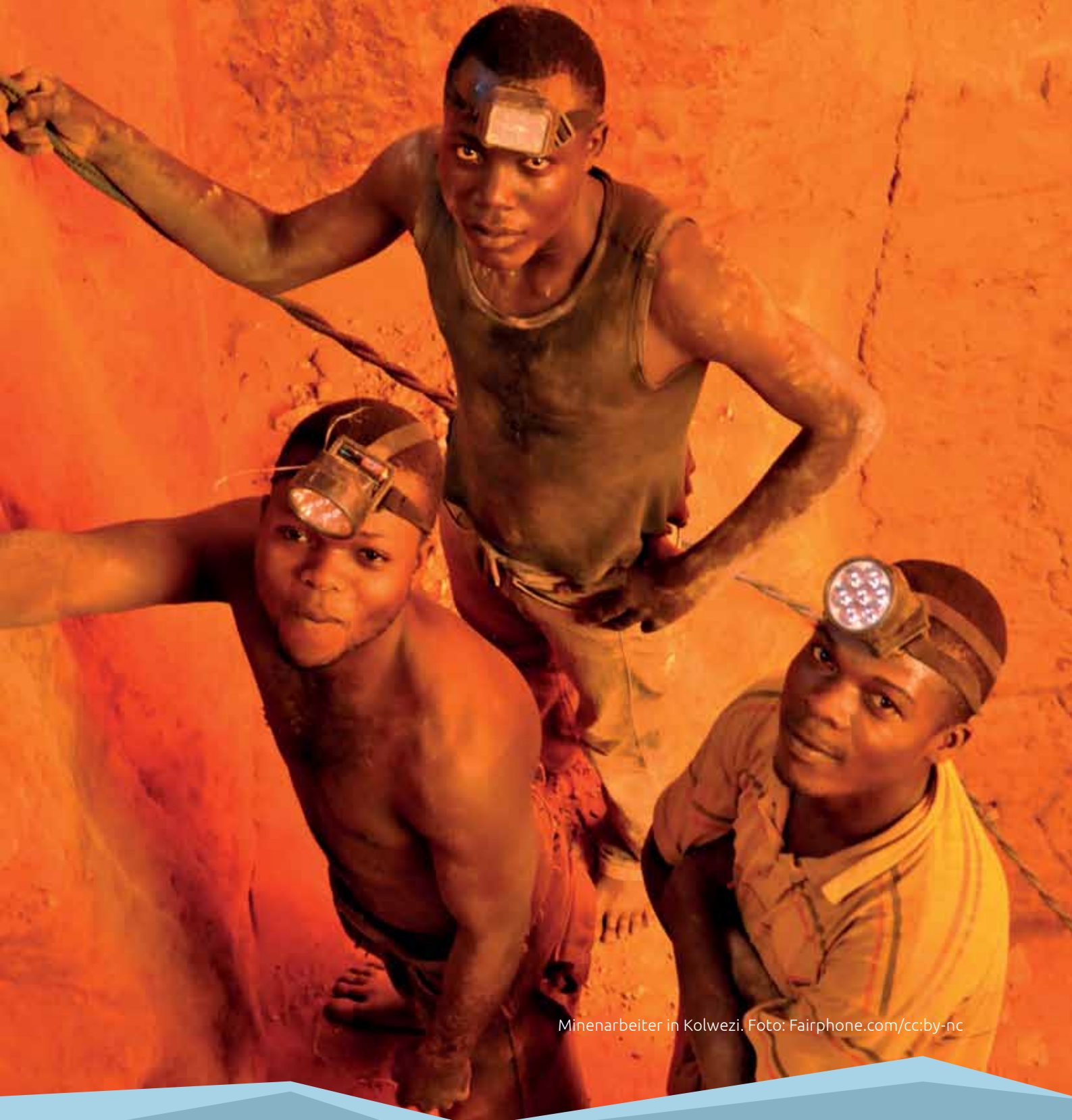
Die Reihe «Paradise Watch» wird gefördert von der Rosa Luxemburg Stiftung mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) der Bundesrepublik Deutschland.



Für den Inhalt dieser Publikation ist allein der Herausgeber verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht unbedingt den Standpunkt der Rosa Luxemburg Stiftung wieder.

Beste Beziehungen

Glencores Geschäfte mit den Rohstoffen in der DR Kongo sind hinlänglich bekannt. Der Konzern erfreut sich bester Beziehungen zu Kongos Machthabern. Die Paradise Papers haben Schmiergeldzahlungen zum Erwerb von vorteilhaften Schürflizenzen bestätigt. Ermittlungen gegen Glencore in den USA und ein jüngster Minenunfall in einer Kobaltmine im Kongo setzen den Konzern unter Druck.



Minenarbeiter in Kolwezi. Foto: Fairphone.com/cc:by-nc

dr kongo: beste beziehungen

Auf wenige Länder passt das Wort »Ressourcen-Fluch« so maßgeschneidert wie auf die Demokratische Republik Kongo. Einerseits ist das Land in puncto Bodenschätze eins der reichsten Länder der Erde und verfügt über begehrte Ressourcen wie Gold, Diamanten, Kupfer, Erdöl oder Erdgas. Auch Seltene Erden gibt es hier, Coltan zur Herstellung von Smartphones sowie etwa 63 Prozent der weltweiten Vorkommen von Kobalt, das vor allem in Batterien und Elektroautos zum Einsatz kommt. Andererseits gilt besonders der östliche Landesteil, in dem sich die Mehrzahl der Minen befindet, heute als eine der unruhigsten und gefährlichsten Gegenden der Welt. Seit langem werden die hochprekären Zustände in den Minen beklagt: Die Risiken für Sicherheit und Gesundheit der Arbeitenden, die ausbeuterische Bezahlung und die Umweltzerstörung sowie daraus resultierend das Elend der lokalen Bevölkerung und die bewaffneten Konflikte in der Region. Für viele Milizen im Ost-Kongo ist die Kontrolle über die Minen von hoher strategischer Bedeutung, um die eigene Versorgung mit Waffen und Munition sicherzustellen. Im Kongo nähren so die Bodenschätze derzeit hauptsächlich die Gewalt und wenige lokale Eliten, während der Löwenanteil der Gewinne ins Ausland fließt.

Zweifelhafte Geschäftspraktiken

Eins jener ausländischen Unternehmen, das aus der gegenwärtigen Lage Nutzen ziehen kann, ist Glencore. Der Konzern (Global Energy Commodity and Resources) aus dem schweizerischen Zug wird von Forbes aktuell auf Platz 64 der größten Unternehmen der Welt geführt. Zu den Geschäftsfeldern des Konzerns zählen nach eigenen



Glencore-Zentrale in Zug (CH)
Foto: Flickr.com/freeimage4life

Angaben der Handel mit Bodenschätzen wie Kobalt, Zink, Blei, Kupfer, Nickel, Eisenerz und Aluminium. Doch auch Agrarerzeugnisse gehören zum Unternehmensportfolio: Man handelt mit Baumwolle, Zucker, Getreide und Hülsenfrüchten ebenso wie mit Soja als Futtermittel.

Glencore hat einen Jahresumsatz von 220 Mrd. US-Dollar und einen Marktwert von ca. 60 Mrd. US-Dollar. Im Vergleich dazu hat die DR Kongo ein Bruttoinlandsprodukt von 41,6 Mrd. US-Dollar. Das Unternehmen steht schon seit Längerem in der Kritik wegen zweifelhafter Geschäftspraktiken in verschiedenen Ländern wie dem Irak, Kasachstan, Nigeria und Venezuela. Durch die Veröffentlichung der Paradise Papers im November 2017 haben sich die gleichsam schon länger bestehenden Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit der Demokratischen Republik Kongo verdichtet. Dort hält Glencore 75 Prozent der Anteile am Bergbauunternehmen Katanga Mining Ltd., das im Gebiet der ehemaligen südöstlichen Provinz Katanga tätig ist. Hier fördert Katanga Mining über zwei Joint Ventures mit der staatlichen Bergbaugesellschaft des Kongo, Gécamines, die Rohstoffe Kobalt und Kupfer.

Im Rahmen der Paradise Papers wurden zahlreiche vertrauliche Dokumente von Unternehmen und anderen Akteuren in sogenannten Steuerparadiesen veröffentlicht, großteils Daten der Anwaltskanzlei Appleby mit Sitz in der Steueroase Isle of Man (GB). Diese legen nahe, dass Glencore als Kunde von Appleby in erheblichem Maße Schmiergelder eingesetzt haben soll, um bei der Vergabe von Schürflizenzen im Kongo bevorzugte Konditionen zu erhalten. Die mutmaßlichen Schmiergelder erfolgten über einen Mittelsmann – Dan Gertler.

Dan Gertler und Schmiergeldzahlungen

Wie die Tageszeitung Haaretz berichtet, ist der israelische Geschäftsmann bereits seit Jahren mit Kongos Expräsident Joseph Kabila befreundet. Gertler, der einer renommierten Diamantenhändlerfamilie entstammt, gründete 1996 mit gerade einmal 23 Jahren sein eigenes Unternehmen, die Dan Gertler International-Unternehmensgruppe. Ein Jahr später erwarb er über die DGI die erste exklusive Schürflizenz für eine Diamantenmine im Kongo, weitere kamen in den folgenden Jahren hinzu. Als Präsident Laurent-Désiré Kabila 2001 überraschend einem Attentat zum Opfer fiel und ihm sein Sohn Joseph Kabila ins Amt folgte, hatte Gertler unverhofft einen guten Freund im Präsidentenpalast sitzen. Und dieser heiße Draht nach oben sollte ihm noch nützlich werden, zumindest 2008.



Arbeiter in der Kamoto-Mine, in der Katanga Mining gemeinsam mit Gécamines Kupfer und Kobalt abbaut.
Foto: katangamining.com

Laut Berichten der Süddeutschen Zeitung verhandelte Glencore damals mit der staatlichen Minengesellschaft des Kongo (Gécamines) um die Verlängerung der Bergbaulizenzen für die Katanga-Mine. Die kongolesische Seite verlangte insgesamt 585 Millionen US-Dollar für 30 Jahre – eine fast bescheidene Forderung angesichts eines jährlichen Gewinns von 5,8 Mrd. US-Dollar bei dem schweizerischen Unternehmen. Doch Glencore erschien die Summe zu hoch und ließ seine Verbindungen spielen. Den Paradise Papers zufolge wurde Gertler von Glencore gegen eine erfolgsgebundene Zahlung von 45 Millionen US-Dollar beauftragt, sich der Sache anzunehmen. Er tat, wie ihm geheißen – und drückte die kongolesische Forderung auf sagenhafte 140 Millionen US-Dollar. Die Differenz zwischen der ursprünglichen Forderung und dem Endergebnis betrug mithin 445 Millionen US-Dollar – dem kongolesischen Bildungsetat von zwei Jahren. Es fällt daher schwer zu glauben, dass diese – für Glencore ungewöhnlich vorteilhafte – Einigung bloß auf Gertlers Verhandlungsgeschick zurückzuführen ist.

Justiziablen konnte man bislang allerdings weder Gertler noch Glencore nachweisen. Gleichwohl setzte die US-Regierung unter Donald Trump den elffachen Familien-

vater Gertler 2017 wegen der Korruptionsvorwürfe im Kongo auf eine Sanktionsliste. Im Januar 2018 nahm die US-amerikanische Justiz laut Berichten der Süddeutschen Zeitung offene Ermittlungen wegen Schmiergeldzahlungen gegen den Geschäftsmann auf, den Forbes mit einem Privatvermögen von ca. 1,2 Mrd. US-Dollar notiert.

Sein Freund, Ex-Präsident Joseph Kabila, der auch nach Ende seiner Amtszeit der starke Mann im Kongo bleibt und eines der korruptesten Netzwerke der Welt im Land hinterlassen hat, hat indes wenig zu fürchten. Als Senator auf Lebenszeit ist er vor Strafverfolgung im Kongo bis auf weiteres geschützt. Erst letztes Jahr hatte Kabila dieses Privileg für Ex-Präsidenten durchs Parlament gebracht, sozusagen als Maßanfertigung zum Ende seiner Amtszeit.

Glencore im Visier der US-Ermittler

Glencore hingegen geriet ebenfalls ins Visier der US-Ermittler, was den Aktienkurs des Konzerns bereits erheblich ins Taumeln brachte. Der mediale und juristische

Druck auf den Konzern blieb nicht ohne personelle Konsequenzen. Im Juni 2019 kündigte die Geschäftsführung von Glencore an, den Briten Alex Beard als Chef der Geschäftsabteilung für Erdöl zu ersetzen. Der Milliardär hatte seit seinem Wechsel von BP (British Petroleum) in den 90er-Jahren dafür gesorgt, dass Glencore zum heute weltweit drittgrößte Erdölproduzenten aufstieg. Zuvor wurde bereits der Kopf der konzerneigenen Kupferabteilung ersetzt. Auch CEO Ivan Glasenberger, der ein Nettovermögen von 4,6 Mrd. US-Dollar sein Eigen nennt, stellte Ende 2018 seinen Rücktritt in Aussicht. Glasenberger, der seit 2002 an der Spitze des Konzerns steht, gab an, innerhalb der nächsten drei bis fünf Jahre einem Nachfolger Platz zu machen. Weitere Umstrukturierungen im Sinne einer Verjüngung des Managements wurden angekündigt, ein Wandel der Unternehmenskultur bleibt hingegen fraglich.

So kündigte der Vorstand am 1. Juli 2019 an, die Zahl von Tochterunternehmen in Niedrigsteuerländern zu redu-



Ungeordneter überirdischer Kupferabbau in Katanga.

Foto: Fairphone.com/cc: by-nc

zieren. Allerdings wies der Konzern Vorwürfe zurück, nach denen man mithilfe dieser Tochterunternehmen Gewinne verschleiern und den Abbauländern Steuern vorenthalten würde. »Von Zeit zu Zeit nutzen wir tatsächlich Firmen, die unter einer Gesetzgebung stehen, die man als steuerneutral oder als Steueroase bezeichnen könnte«, heißt es dazu in einem Glencore-Bericht. »Doch wo das vorkommt, ist es immer für einen speziellen Zweck, die genutzten Firmen sind also Zweckgesellschaften.« Dennoch stünden von jetzt an alle Konzern-Töchter in Steuerparadiesen auf dem Prüfstand, da man als »guter unternehmerischer Steuerzahler« wahrgenommen

werden wolle. Allerdings erscheint es unwahrscheinlich, dass diese Ankündigungen mehr als Symbolpolitik sind und tatsächlich ein Umdenken bei den Verantwortlichen stattgefunden hat. Denn noch vor einem halben Jahr hatte Glencore eine einstweilige Verfügung gegen australische Steuerermittler beantragt, die die Erkenntnisse der Paradise Papers zur Untersuchung von Glencores Geschäftsgebaren in Australien heranziehen wollten. Doch wer glaubhaft als ehrlicher Steuerzahler gesehen werden möchte, der sollte sich um Aufklärung bemühen und sie nicht mit juristischen Mitteln behindern.

Zielscheibe »illegaler« Abbau

In der Zwischenzeit haben sich die Bedingungen in den Minen nicht verbessert. Am 27. Juni 2019 kam es in einer Kobaltmine von Glencore im Kongo zu einem schweren Unfall, der mindestens 43 Todesopfer forderte. Glencore wies die Verantwortung von sich, da es sich um »illegale Mineure« gehandelt habe, die in zwei Galerien oberhalb des Abbaugebiets im Tagebau schürften. Diese ungesicherten Galerien seien eingestürzt und der Erdbeben habe die Arbeitenden unter sich begraben.

Als Reaktion kündigte die neue Regierung unter Präsident Felix Tshisekedi an, militärisch gegen den illegalen Abbau vorzugehen. Der zuständige General John Numbi sagte, er habe den Befehl erhalten, »das Gleiche zu tun wie bei TFM«. TFM – das steht für die Tenka Fungurume Mine, in der das Militär nur einen Monat zuvor gegen »illegale« Bergarbeiter vorgegangen war. Offensichtlich war den neuen Betreibern der Mine, die sich seit diesem Jahr im Besitz des chinesischen Konzerns China Molybdenum Co. befindet, der irreguläre Abbau ein Dorn im Auge. 10.000 Menschen wurden bei der Militäraktion aus ihren Häusern vertrieben. Amnesty International beklagte exzessive Gewalt und Menschenrechtsverletzungen durch das Militär und warnte vor einer Wiederholung der Vorgänge in der Glencore-Mine.

Fassen wir also zusammen:

Ein schweizerischer Konzernvorstand und seine Geschäftspartner werden durch den Handel mit fremden Ressourcen reich und scheuen auch nicht vor Korruption zurück, um ihre Interessen durchzusetzen. Gleichzeitig müssen diejenigen, die auf den Bodenschätzen sitzen, für einen Hungerlohn nach den Rohstoffen ihres Landes schürfen. Wenn den Arbeiterinnen und Arbeitern der Lohn nicht reicht oder perspektivlose Menschen an den



Einsatz der UN-Truppe MONUSCO gegen illegale Milizen. Foto: MONUSCO/Sylvain Liechti/cc: by-sa

Reichtümern ihres Landes teilhaben wollen, dann müssen sie dafür ihre Gesundheit oder sogar ihr Leben aufs Spiel setzen. Und zwangsläufig geschehen Unglücke, wenn Menschen – sei es durch wirtschaftliche Not, Krieg oder Vertreibung – gezwungen sind, mit Eisenstangen und bloßen Händen ungesichert in der Erde zu graben.

Doch für die Angehörigen und Überlebenden der Tragödie gibt es weder Hinterbliebenen-Rente noch Entschädigungszahlungen und noch nicht einmal die üblichen Beileidserklärungen. Stattdessen verhängt die eigene Regierung Kollektivstrafen gegen die Arbeiter und ihre Familien und ordnet Vertreibung und Militärgewalt an. Priorität hat anscheinend, die Interessen der ausländischen Investoren zu schützen und nicht das Leben und das Wohlergehen der eigenen Bevölkerung.

Daniel Düster

Der Autor hat Geographie in Bonn studiert und ist derzeit für afrika süd in der Redaktion tätig.

Quellen:

<https://www.forbes.com/profile/dan-gertler/#25566de6348d>

<https://web.archive.org/web/20111113173229/http://rough-polished.com/en/database/10375.html>

<https://www.haaretz.com/israel-news/business/premium-the-israeli-millions-in-swiss-banks-1.5304618>

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-01/demokratische-republik-kongo-energiewende-rohstoff-lieferant-praesident-felix-tshisekedi>

<https://www.forbes.com/custom/2018/10/16/best-of-africa-2018/>

<https://www.aljazeera.com/news/africa/2019/06/dr-congo-collapse-kills-41-190627164654596.html>

<https://www.mining.com/web/at-least-36-killed-in-collapse-at-glencore-mine-in-congo/>

<https://projekte.sueddeutsche.de/paradisepapers/wirtschaft/mining-for-control-in-glencore-s-congo-e774511/>

<https://www.haaretz.com/1.4777697>

<https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/glencore-paradise-papers-enthuellen-geheime-geschaefte-des-schweizer-rohstoffriesen-glencore-1.3736961>

<https://www.forbes.com/profile/ivan-glasenbergs/#7f1d624d3d63>

<https://www.glencore.com/>

Heimliche Offshore-Konten

Strohfirmen aus den Panama Papers stehen auf Simbabwe's Liste mutmaßlicher Steuerhinterzieher. Regierungsangaben zufolge lagern noch 826 Millionen US-Dollar in Steuerparadiesen.



Foto: Cherezoff | Dreamstime.com

Simbawwes Präsident Emmerson Mnangagwa hat im März 2018 eine Liste mit über 1800 Personen und Unternehmen veröffentlicht, denen die Regierung vorwirft, illegal Geld ins Ausland transferiert zu haben. Darunter sind viele, die in den Panama Papers auftauchen. Vor der Bekanntgabe der Liste war am 16. März 2018 ein dreimonatiges Moratorium abgelaufen, die es Unternehmen und Personen gestattete, ihre Gelder straflos ins Land zurückzuholen. Die Liste führt jene auf, die dem nicht Folge leisteten.

Die Summe der Gelder, die außerhalb Simbawwes versteckt worden sind, beläuft sich auf 1,42 Mrd. US-Dollar. Bei der Veröffentlichung der Ergebnisse sagte Präsident Mnangagwa, 826 Millionen US-Dollar – also über die Hälfte der Gesamtsumme – seien nicht während der neunzigstägigen Amnestiefrist zurückgebracht worden.

»Die Behörden haben keine andere Wahl, um diese Unternehmen und Personen zur Verantwortung zu ziehen, als die Namen der entsprechenden Unternehmen und Personen zu veröffentlichen, sodass die betroffenen Parteien in Zukunft die Bedeutung guter Unternehmensführung beherzigen«, so Mnangagwa in einer Erklärung.

Diejenigen auf der Liste, die nachweisen können, dass sie ihre Vermögenswerte deklariert haben, könnten sich nach wie vor an die Reserve Bank of Zimbabwe wenden, um ihre Namen von der Liste tilgen zu lassen, heißt es in der Präsidenten-Erklärung weiter. Die staatseigene Bank ist verantwortlich für die Überwachung Simbawwes ausländischer Finanzströme.

»Micky-Maus-Liste«

Fünf Bergbauunternehmen sind der Liste zufolge die Hauptverantwortlichen für die illegalen Geldtransfers. Zwei Firmen allein, African Associated Mines und Marange Resources, wird vorgeworfen, 62 Millionen bzw. 54 Millionen US-Dollar hinterzogen zu haben. Unter den Haltern der illegalen Auslandsvermögenswerte finden sich auch Baumwoll-, Tabak-, Fracht- und Kühlunternehmen sowie die Erzdiözese Harare, die mutmaßlich noch für über 10.000 US-Dollar rechenschaftspflichtig bleibt. Besonders stark vertreten in Mnangagwas Liste wirtschaftlicher Saboteure waren auch chinesische Geschäftsinhaber.

Ein ehemaliger Finanzminister kritisierte die Entscheidung, Namen zu veröffentlichen, als »diffamierend« und nannte sie eine »Micky-Maus-Liste«. Die britische BBC berichtete, ein Vertreter der chinesischen Botschaft in Simbabwe habe die Liste als unglaubwürdig zurückgewiesen.

Wie das Internationale Konsortium Investigativer Journalisten (ICIJ) herausfand, tauchten mindestens drei der auf der Liste genannten Unternehmen und Geschäftsinhaber in Simbabwe auch in den Panama Papers auf. Ihre Offshore-Vermögenswerte wurden jedoch bisher nicht detailliert ausgewiesen.

SK Cheminvest

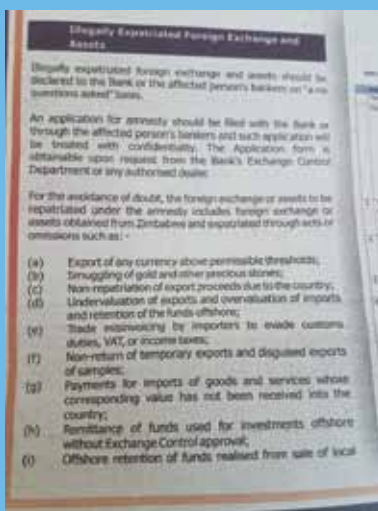
Der in Harare geborene Geschäftsmann Derek Kitchen, der in den 1970er-Jahren eine Lebensmittel- und Getränkefirma gegründet hatte, hat mehr als eine halbe Million Dollar aus Simbabwe bewegt, »in bar oder unter

dem Deckmantel fadenscheiniger Transaktionen«, so die Regierung. Laut den Panama Papers war Kitchen Eigentümer von SK Cheminvest Ltd, einem Unternehmen, das 2010 auf den Britischen Jungferninseln registriert wurde.

Das Unternehmen bot »Beratungsdienstleistungen« für Landwirte in Simbabwe und Südafrika an, wie aus E-Mails zwischen Mossack Fonseca und der auf Mauritius ansässigen Verwaltungsgesellschaft hervorgeht. Die Offshore-Kanzlei Mossack Fonseca, deren Akten die Grundlage für die Untersuchungen der Panama Papers bildeten, war an der Gründung von SK Cheminvest Ltd. beteiligt. Kitchen, der gegenwärtig in Kapstadt lebt, war Eigentümer von SK Cheminvest und hielt die Firma über Stellvertreter oder »nominierte« Aktionäre sowie über den Sunhouse Trust.

»Es gibt nur wenige legitime Gründe für einen simbabwischen Geschäftsmann, eine Offshore-Gesellschaft oder einen Trust zu verwenden – zumal wenn er einer un-

Liste der Plünderer



Mnangagwas Liste der Plünderer ist in drei Kategorien aufgeteilt.

Kategorie 1: Illicit Financial Flows – Funds Externalised through Non Repatriation Of Export Proceeds

Darunter fallen 285 Firmen, die insgesamt 237,4 Mio. US-Dollar aus Exporterlösen illegal ins Ausland transferiert haben. Die Top-Fünf-Plünderer sind alles Bergbau-Unternehmen: African Associated Mines (62 Mio. US-Dollar), Marange Resources (54,2 Mio. US-Dollar), Canadile Miners (31,3 Mio. US-Dollar), Mbada Diamonds (14,7 Mio.) und Jinan Mining (11 Mio.).

Kategorie 2: Illicit Financial Flows – funds externalised through payment of goods not received in Zimbabwe

Hier werden 1404 Unternehmen aufgeführt, die mit Geld- und Scheingeschäften für nicht gelieferte Ware insgesamt 124,8 Mio. US-Dollar auf ausländische Konten abgeführt haben.

Kategorie 3: Illicit Financial Flows – Funds externalised to foreign banks in cash or under spurious transactions

Unter diese Kategorie fallen 162 Firmen und Privatpersonen, die Gelder aus Scheingeschäften in bar oder in betrügerischer Weise in Höhe von insgesamt 464,2 Mio. US-Dollar auf ausländische Konten abgeführt haben. Ersichtlich wird, dass die meisten Fonds nach China ausgelagert wurden, gelistet sind zahlreiche chinesische Einzelhandels- und Bergbauunternehmen.

Insgesamt beläuft sich der Betrag der ins Ausland transferierten Gelder auf der Liste auf 826,50 Mio. US-Dollar.

Quelle: <http://www.zbc.co.zw/breaking-govt-releases-externalisation-list/>

durchsichtigen Gerichtsbarkeit wie auf den Britischen Jungferninseln unterliegt – außer um die persönliche Identität zu verbergen«, meint John Christensen, Direktor des Non-Profit Tax Justice Network.

Obwohl er nicht ausdrücklich SK Cheminvest nannte, stellte Christensen fest, dass »die Anonymität, die von einer geheimen Briefkastenfirma oder einem Trust bereitgestellt wird, es den Menschen leicht macht, sich an Steuerhinterziehung, Bestechung, Betrug, Gläubigertäuschung, Unterschlagung und ähnlichen Verbrechen zu beteiligen. Diese Anonymität hindert die Polizei und andere Ermittler daran, dem 'Geld zu folgen'«.

Dem ICIJ gegenüber äußerte Kitchen hingegen, das Ganze sei »ein einziger Murks vonseiten der Reserve Bank of Zimbabwe«. Kitchen behauptete, er habe Zustimmung erhalten, die Gelder im Zusammenhang mit einem Grundstückverkauf zu verschieben. Er werde, fügt er hinzu, der Reserve Bank schreiben und sich für das Auftauchen auf der Liste beschweren.

Weiter gab Kitchen an, dass SK Cheminvest nicht mehr existiere und dass seine Treuhandfondsmanager das Geschäft beendet hätten.

Verschleierte Beratertätigkeit

Die Liste der simbabwischen Regierung von Unternehmen mit Offshore-Kapital umfasst außerdem Progene Seeds, ein Unternehmen, das Mais- und Bohnensamen produziert und Rindersperma an simbabwische Bauern liefert. Der Liste zufolge überwies das Unternehmen mehr als 10.000 US-Dollar ins Ausland für Waren, die nie im Land ankamen.

Progene Seeds Ltd., ein Unternehmen des Genetikers Andrew Henderson, wurde 2003 auf den Britischen Jungferninseln gegründet, so die Panama Papers. Das Unternehmen verkaufte pflanzliches Genmaterial in Simbabwe und anderen Ländern im südlichen Afrika und erhielt Lizenzeinnahmen aus dem Verkauf von Keimplasma durch andere landwirtschaftliche Unternehmen, wie der Businessplan von Progene Seeds aus dem Jahr 2015 dokumentiert. Darüber hinaus erbrachte Progene Seeds auch Beratungsleistungen.

Ohne auf Progene Seeds konkret einzugehen, erklärt Christensen von Tax Justice Network, dass »unspezifische ‚Beratungsleistungen‘ ein alter Trick sind, um Schmiergeldzahlungen zu verschleiern«.

»Es ist für Ermittler schwierig festzustellen, woraus diese Leistungen bestehen und worin der reale Wert solcher Dienste (wenn tatsächlich Dienste erbracht wurden) bestehen könnte«, so Christensen. »Das erklärt, warum ‚Beratungsleistungen‘ häufig als Mechanismus zur illegalen Verlagerung von Geld in Steueroasen genutzt werden.«

Progene Seeds-Chef Henderson antwortete nicht auf schriftliche Anfragen und legte beim Anruf eines ICIJ-Reporters einfach auf.

Politiker werden nicht belangt

Nachdem er Robert Mugabe ersetzt hatte, der das Land 37 Jahre lang geführt hatte, versprach Simbabwes Präsident Emmerson Mnangagwa, die Korruption zu bekämpfen. In den sozialen Medien stellten die Simbabwerinnen und Simbabwer jedoch fest, dass nur wenige Einzelpersonen oder Unternehmen auf der Liste mit Politikern in Verbindung gebracht werden, die seit langem der Korruption und Bestechung verdächtigt werden.

Europäische Länder und die USA haben seit Anfang der 2000er-Jahre simbabwische Politiker und Unternehmen, die von der Regierung Mugabe kontrolliert wurden, wegen Untergrabung der Demokratie bestraft. Europäische Vermögenswerte sind eingefroren und Reisebeschränkungen gegen den ehemaligen Präsidenten Mugabe und seine Frau Grace bestehen fort.

Nach den ersten Enthüllungen der Panama Papers im April 2016 kündigte die Reserve Bank of Zimbabwe Untersuchungen gegen mehr als 250 Personen und Unternehmen an, die als Geschäftspartner oder Klienten der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca genannt wurden. Simbabwe hat sich seit dieser Ankündigung nicht zu den Untersuchungen geäußert

Will Fitzgibbon, ICIJ (Internationales Konsortium Investigativer Journalisten), 26. März 2018

Übersetzung: Daniel Düster

Mnangagwa lässt die Betrüger laufen

Simbabwes Präsident Emmerson Mnangagwa scheint es nicht eilig zu haben mit der Verfolgung von Unternehmen und Einzelpersonen, die er letztes Jahr beschuldigt hatte, über 1,4 Milliarden US-Dollar außer Landes gebracht zu haben.



Karikatur des simbabwischen Präsidenten Emmerson Mnangagwa. Foto: Agit77 | Dreamstime.com

Mnangagwa, der die kranke Wirtschaft Simbabwes damals den beschuldigten Steuerhinterziehern und ihrer Sabotage zuschrieb, beschloss ein dreimonatiges Moratorium bis zum 28. Februar 2018. Wer dagegen verstoße, dem drohe Strafverfolgung, kündigte der damals neue Präsident an. Während dieses Zeitraums sollte die Regierung weder Fragen stellen noch Anklage gegen diejenigen erheben, die der Präsident beschuldigt hatte, Vermögenswerte außer Landes gebracht zu haben. Laut Mnangagwa umfasste die Amnestie auch Fälle, die bereits vor Gericht lagen, in denen die Urteile jedoch noch ausstanden.

»Der Großteil der 771 Fälle bzw. 55 Prozent nach Wert, die der Amnestie nicht Folge leisteten, beziehen sich auf die Nicht-Rückzahlung von Exportgewinnen (328 Fälle im Wert von 215,8 Millionen Dollar)«, wurde Präsident Mn-

angagwa von der staatlich kontrollierten Tageszeitung The Herald zitiert.

Im Juli letzten Jahres gab Mnangagwa bekannt, die Regierung habe 850 Millionen von den 1,4 Milliarden illegal außer Landes gebrachten US-Dollar zurückerhalten. Als Blindgänger erwiesen sich überraschenderweise seither viele Bemühungen des Präsidenten, das hinterzogene Geld zurückzuerhalten. Doch nicht nur das, auch bei der Verfolgung bekannter Korruptionsfälle gab es so viele Fehlstarts, dass seine Aufrichtigkeit im Umgang mit Korruption in Frage gestellt ist. Denn sooft er versprochen hatte, jene strafrechtlich zu verfolgen, die beschuldigt werden, in der Ära Mugabe große Summen ausgelagert zu haben, ist seither nichts Greifbares passiert.

Mnangagwa ist seit der Unabhängigkeit 1980 in der Regierung und hat verschiedene sensible Schlüsselposten innegehabt, darunter die Ministerien für Staatssicherheit, Verteidigung und Justiz. Aufgrund seiner langen Zeit in der Regierung, sagen Kritiker, könne er davor zurückschrecken, die Verfolgung »seiner« Kollegen zu veranlassen. Denn unter denen gibt es einige, die zufälligerweise mit den Unternehmen und Einrichtungen verbunden sind, denen er die Veruntreuung von Geldern vorwirft.

Die Ermittlung und Verfolgung der Betrüger sollte eigentlich von der Zimbabwe Anti-Corruption Commission (ZACC) durchgeführt werden, ein verfassungsmäßig beauftragtes Organ zur Bekämpfung von Korruption. Präsident Mnangagwa hat Anfang 2019 den gesamten Vorstand der ZACC entlassen und die Korruptionsbekämpfungsbehörde in sein Büro verlegt, bevor er am 30. Mai einen selbstständigen Vorsitzenden dieses Organs vereidigen ließ.

Viel Propaganda, wenig Substanz

Der unabhängige Wirtschaftsanalyst Ronald Shayamano glaubt, dass die Umbesetzung der ZACC-Kommissare Auswirkungen auf Mnangagwas Bestreben hatte, die Korruption im Keim zu ersticken. »Es gab bisher keine Bemühungen, dieses Geld (1,4 Milliarden US-Dollar) zurückzubekommen, vielleicht um an vorderster Front dabei zu sein, anstelle der Anti-Korruptionskommission Simbabwes. Doch aus den jüngsten Entwicklungen weiß man, dass der gesamte Vorstand entlassen wurde. Es kann also auch sein, dass der Präsident nicht vorangekommen ist oder er nicht sicher war, was er tun sollte. In diesem Fall ist das die wahrscheinlichere Variante«, meinte er.

Shayamano zufolge könnte ein anderer Grund in der komplizierten Natur der Untersuchung und Verfolgung von Korruptionsfällen liegen – nicht nur in Afrika, sondern weltweit. »Großformatige Korruption steht in der Regel nicht nur in Afrika, sondern in der ganzen Welt unter politischem Schutz. Das macht es so schwierig, den hohen Tieren beizukommen, die Aktivitäten tolerieren, die mit finanziellen Abflüssen verbunden sind«, so Shayamano.

Der Wirtschaftsexperte wies darauf hin, dass Simbabwe heute nicht unter Kraftstoff- und Devisenmangel zu leiden hätte, wenn das Land über eine halbe Milliarde Dollar wiedererlangt hätte, wie es der Präsident im vergangenen Juli vollmundig angekündigt hatte. »Es gibt viele

großartige Erklärungen, die von Behörden in Simbabwe abgegeben werden«, so Shayamano weiter. »Nur um ein Beispiel dafür zu geben, wie die Leute das wahrnehmen: Es gab vor zwei Wochen eine Ankündigung durch einen bestimmten Ministerialbeamten. Er sagte, die Regierung habe 500 Millionen Dollar in den Interbankenmarkt gesteckt, während es in Wirklichkeit lausige 40 Millionen Dollar waren. Dies ist also die Art von Politikern, die wir haben. Und es ist schwierig sich vorzustellen, dass eine halbe Milliarde an versteckten Geldern zurückgeholt wurde, wenn wir uns nach dem Verhalten und der Propaganda richten, die wir von unseren Behörden gewohnt sind«, so der unabhängige Ökonom.

Es gebe nichts Substantielles zu entdecken: »Es liegt kein echtes Programm auf dem Tisch, auf das man ernsthaft hinweisen und sagen könnte, dass es eine Regierung gibt, die sich für den Kampf gegen Korruption einsetzt: Was wir sehen, ist eine Regierung, die bloß auf Wirtschaft und Politik reagiert, anstatt Themen anzugehen, die diesen wirtschaftlichen Missständen zugrunde liegen.«

Shayamano zufolge bräuchte Simbabwe einen Gesellschaftsvertrag, der gegenüber Korruption absolut intolerant wäre. »Es gab Korruption in der Zivilgesellschaft, es gab Korruption im privaten Sektor und es gibt Korruption in der Regierung, wo sie so weit verbreitet ist wie in keinem anderen Sektor. Es bedarf einer allgemeinen Intoleranz der Korruption gegenüber, es muss darüber informiert werden, wie die Menschen auf Korruptionsfälle reagieren, sodass die Gesellschaft in der Lage wäre, Druck auf diese ‚Pelikane‘ auszuüben, sobald sie an diesen Skandalen beteiligt sind. Das ist es, was fehlt«, regte er an.

Die Regierung ist kürzlich einen Schritt weiter gegangen in ihrer Beteuerung, die Korruption bekämpfen zu wollen. Diesmal durch die Beauftragung und Einrichtung von Anti-Korruptionsgerichten in den zehn Verwaltungsbezirken des Landes. Die Nation fragt sich indes, ob es sich dabei nicht bloß um ein weiteres hohles Versprechen handelt.

Garikai Chaunza, Juni 2019

Der Autor ist unabhängiger simbabwischer Journalist, Hörfunkredakteur und Medienmanager.

Garnelen im Steuermantel

Die Panama Papers entlarven Offshore-Geschäfte von Madagaskars „Krabbenkönig“. Offshore-Firmen spielten anscheinend die Schlüsselrolle im Firmennetzwerk des reichen und mächtigen Garnelenhändlers Aziz Ismael im Inselstaat Madagaskar. Dies zeigen die Recherchen des International Consortium of Investigative Journalists ICIJ zu den Panama Papers.



Garnelen auf dem Markt in Madagaskar. Foto: Dreamstime.com

Das ICIJ arbeitete bei seinen Recherchen mit der unabhängigen Umweltnachrichtenplattform Mongabay zusammen, um E-Mails, Verträge und Firmenunterlagen zu untersuchen. Sie zeigen, wie der Magnat Aziz Ismail Millionen von Dollars zwischen Offshore-Firmen hin- und hergeschoben hat.

Ismail, ein in Madagaskar geborener französischer Staatsbürger, stieg 1973 in die Garnelenindustrie des Landes ein. Sein Unternehmen Unima wird heute von seinem Sohn Amyne Ismail geleitet und besitzt Tochterfirmen auf der ganzen Welt. Unima ist der größte Akteur in Madagaskars Garnelenindustrie, die heute 75 Millionen Dollar Umsatz verbucht. Der Firma wird vorgeworfen, in großem Rahmen die Umwelt des Inselstaats zu zerstören, in dem drei Viertel der Bevölkerung von weniger als 1,90 Dollar pro Tag leben müssen.

Strohfirma auf den Jungferninseln

Geleakte Dokumente der Anwaltskanzlei Mossack Fonseca aus den Jahren 2000 bis 2016 zeigen, dass Aziz Ismail außerdem seit 2000 Haupteigner einer Strohfirma namens Ergia Ltd. war, mit Sitz auf den Britischen Jung-

ferninseln. Nur einige Monate nach der Gründung wurde Ismail 2001 alleiniger Anteilseigner von Ergia, Geschäftsführer wurden er und sein Sohn Amyne. Den Dokumenten zufolge betrieb das Unternehmen Geschäfte in Madagaskar und Monaco.

Unter den Panama Papers findet sich ein Vertrag aus dem Jahr 2014, demzufolge sich Ergia Ltd. verpflichtete, für die Dauer eines Jahrs Verwaltungsaufgaben und »strategische Überlegungen« zur Entwicklung von Unima Europe mit Sitz in Monaco zu übernehmen. Dafür sollte Unima Europe 1,32 Millionen US-Dollar an Ergia Ltd. zahlen. Der Vertrag wurde von Vater und Sohn unterzeichnet.

Unklar bleibt, wie Ergia auf den Britischen Jungferninseln die vertraglich festgelegten Beratungsdienste umsetzen sollte – denn die Firma scheint weder Mitarbeiter noch ein eigenes Büro zu haben. Dies geht aus dem dünnen Geschäftsbericht hervor, den die Firma der Kanzlei Mossack Fonseca zustellte, um die Buchführungsvorschriften zu erfüllen.



Steueroase aus dem Bilderbuch: Die British Virgin Islands. Foto: Tearswept | Dreamstime.com

Tatsächlich scheinen die Ismails das Geld lediglich zwischen zwei Firmen verschoben zu haben, die beide ihnen selbst gehörten. In einer E-Mail vom Januar 2016 bat die Vermögensverwaltung von Unima die Kanzlei Mossack Fonseca, die 1,32 Mio. US-Dollar, die man Ergia Ltd. dem Beratungsvertrag zufolge schuldet, einer weiteren Firma der Familie Ismail in Luxemburg zu überweisen.

Steuervermeidung aus dem Lehrbuch

Jason Braganza, Volkswirt bei der Nonprofit-Organisation Tax Justice Network Africa, beschreibt dies so: Wenn sich der Beratungsvertrag auf Operationen in Madagaskar beziehe, sei es »ein klares Warnsignal, dass die Unternehmen Einkünfte aus Madagaskar als steuerpflichtig in Monaco und den Jungferninseln deklarieren. Das ist Steuervermeidung aus dem Lehrbuch.«

Die Firma Ergia machte Mossack Fonseca bis 2012 wenig Arbeit, doch dann nahmen die Finanzbehörden der Jungferninseln Kontakt mit der Kanzlei auf. Allerdings teilten die Ermittler Mossack Fonseca nicht mit, warum Ergia unter Verdacht stand. Einem Dokument der Panama Papers zufolge verlangten sie Informationen über Eigentümer, Aktivitäten und Bankkonten des Unternehmens.

Als Antwort auf die Regierungsanfrage teilte Mossack Fonseca den Behörden den Namen des Eigentümers mit: Aziz Ismail. Zudem gab sie andere Informationen weiter, darunter vertrauliche Geschäftsberichte über die Offshore-Praktiken der Unima-Gruppe. So verbuchte Ergia Ende 2010 einen Verlust von 792 Mio. US-Dollar, während der Geschäftsbericht keine Ausgaben für Mitarbeiter aufführte. Stattdessen offenbarten die Dokumente, dass eine ähnliche Firma aus einer anderen Steueroase, nämlich Mauritius, dem Unternehmen Ergia sieben Mio. Dollar schuldet.

Steuerprüfer aus Madagaskar und andere Experten weisen darauf hin, dass die Nutzung mehrerer Offshore-Firmen das Steuerflucht-Risiko eines der ärmsten Länder der Erde steigert. »Im Allgemeinen ist die Nutzung zweier Länder mit niedrigen Steuern (Monaco) oder gar keinen Steuern (Britische Jungferninseln) ein deutlicher Hinweis auf den Versuch einer Gruppe miteinander verbundener Unternehmen, so wenig Steuern wie möglich auf ihre globalen Aktivitäten zu zahlen«, so Tovony Randriamanalina, internationaler Steuerforscher an der Universität Paris-Dauphine, und setzt hinzu: »Das ist genau die Methode, wie gewisse Gruppen in Entwicklungsländern wie Madagaskar Steuern vermeiden.«

Einflussreiche Großfamilie Ismail

Weder die Familie Ismail noch Unima reagierten auf wiederholte Anfragen zu einer Stellungnahme in Bezug auf die behördlichen Untersuchungen von Ergia Ltd. Auch die Frage, warum Unima für sein Garnelenexportgeschäft in Madagaskar Offshore-Firmen auf den Jungferninseln und Mauritius brauchte, blieb unbeantwortet.

Die Großfamilie Ismail, die indischer Herkunft ist, tätig bereits seit fünf Generationen in Madagaskar Geschäfte und ist eins der wirtschaftlichen Schwergewichte des Landes. Das Magazin Forbes führte letztes Jahr einen Cousin Ismails unter Madagaskars reichsten Multimillionären auf. Der französischen Fachzeitschrift La Lettre de l'Océan Indien zufolge unterstützte Unima-Gründer Aziz Ismail den ehemaligen Ministerpräsidenten Emmanuel Rakotovahiny.

Nach Vanille, Nickel, Gewürznelken und Kleidung stehen Krabben und Garnelen an fünfter Stelle der wertvollen Exportgüter Madagaskars. Jedes Jahr verfrachtet Unima Tausende Tonnen tropischer Tiger-Garnelen nach Europa, Japan und in die USA. Sie stammen sowohl aus Schleppnetzen als auch aus Aquakulturen. Viele der begehrten Schalentiere gehen außerdem nach Frankreich, wo die Unima-Produkte als erste Waren aus Madagaskar die staatliche Qualitätszulassung erhielten.

Umweltwissenschaftler und lokale Fischer werfen den Hauptakteuren der Krabbenindustrie vor, Raubbau an Madagaskars natürlichen Ressourcen zu betreiben. Schleppnetze für Krabben, wie Unima sie verwendet, schleifen und pflügen derart über den Meeresboden, dass Wissenschaftler die Fangmethode mit dem Kahlschlag alter Waldbestände vergleichen. Dies berichtete unlängst die Plattform Mongabay.



Traditioneller Garnelenfang in Madagaskar. Foto: WWF Madagascar / Didier Fourgon



Industrieller Garnelenfang: Raubbau an natürlichen Ressourcen. Foto: Missnotafraid | Dreamstime.com

»Wenn ein Konzern von umweltschädlichen Techniken profitiert und die Eigentümer gleichzeitig Teile der Profite in Steueroasen verschieben, dann kann das die Konsequenzen für das Ursprungsland noch verschlimmern, indem zu den Umweltschäden auch noch wirtschaftliche Verluste hinzukommen«, so Victor Galaz. Er ist außerordentlicher Professor an der Universität Stockholm und hat vor Kurzem eine Studie über die Verbindungen zwischen Steueroasen und Umweltdegradation durch globale Fischerei veröffentlicht.

Nachdem er über die Transaktionen von Unima und Ergia gelesen hatte, stellt Galaz gegenüber Mongabay und ICIJ klar: »Falls dies Teil einer aggressiven Steuerfluchtintriege ist, bedeutet das immer Einkommensverluste für das Land, in dem die eigentliche Geschäftstätigkeit stattfindet.«

Will Fitzgibbon und Edward Carver, 11. Oktober 2018

Übersetzung: Daniel Düster

<https://www.icij.org/investigations/panama-papers/panama-papers-reveal-offshore-payments-by-madagascars-seafood-king/>

